

**Protokoll IIII
der 3. ordentlichen Sitzung des 39. Studierendenparlaments
der Philipps-Universität Marburg
am 10.12.2003 in der Milchbar der Mensa Erlenring, Erlen-
ring 5, 35037 Marburg.**

Protokollantin: Stefanie Geyer

Tagesordnung:

- Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
1. Genehmigung des Protokolls der vergangenen Sitzung
 2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
 3. Bericht des AStA
 4. Mitteilungen des Präsidiums
 5. Wahl Satzungscommission
 6. Erstsemesterparty 2003/04
 7. Debatte über Entsendung einer/eines Vertreterin/-s in den Beirat des Hochschulrechenzentrums und in den Beirat des Zentrums für Hochschulsport
 8. Wahl einer/eines Vertreterin/-s im Beirat des Hochschulrechenzentrums gemäß § 38 GO
 9. Wahl einer/eines Vertreterin/-s im Beirat des Zentrums für Hochschulsport gemäß § 38 GO
 10. Wahlausschuss
 11. Debatte über Gestaltung des Jubiläums „40 Jahre Stupa“
 12. Verschiedenes

[Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit]

Um 20:18Uhr eröffnet die amtierende Präsidentin des 39. Studierendenparlaments, Ortrun Brand, die Sitzung. Sie begrüßt alle anwesenden 31 ParlamentarierInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Um 20:22Uhr erscheinen der 32. und 33. Mandatsträger.

TOP1: [Protokoll 26.November]

Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen **genehmigt**:

1. **Kay Franzke** (Juso HSG) teilt mit, dass die beiden Parlamentarier **Adrian Jitschin** und **Muhammed Elemenler** in Zukunft ohne den Zusatz „Juso HSG“ aufgeführt werden sollen, da beide auch aus der Juso Hochschulgruppe ausgeschlossen wurden.

2. zu TOP9 (Seite 8): ersetze zweimal „**GO-Antrag** von **Hendrik Ahrens** (LHG) auf Vertagung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte“.

Eva Scharbatke (LHG) beschwert sich über den Tagungsort. Aufgrund der heutigen, kurzen Sitzung könne man auch im Hörsaalgebäude tagen.

TOP2: [Tagesordnung]

Ortrun Brand (Präsidentin) teilt mit, dass TOP8 und TOP9 entfallen müssen (siehe Tischvorlage). Sie erkundigt sich, ob damit auch TOP7 entfallen soll (Debatte über Entsendung einer/eines Vertreterin/-s in den Beirat des HRZ und in den Beirats des Zentrums für Hochschulsport). Alle ParlamentarierInnen sind damit einverstanden. Als TOP7 wird der nachträgliche Antrag von **Jörg Bechtold** (Grüne HSG) über Unterstützung der „Bremer Erklärung“ eingefügt. Alle nachfolgenden Punkte werden dem entsprechend bzgl. der Nummerierung angeglichen. Des Weiteren wird die TO um den Antrag der Juso HSG „Sitzungsdauer“ als TOP10 ergänzt.

Dies wird ohne weitere Anmerkungen **genehmigt**.

TOP3: [Bericht des AStA]

Um 20:26Uhr erscheint der 34. Mandatsträger.

Sabine Klomfaß (AStA-Vorsitzende) berichtet von den Aktivitäten des AStA in den vergangenen zwei Wochen. Sie stellt Falschaussagen in Flugblättern des RCDS und der LHG richtig und bittet um die Richtigstellung folgender Punkte: der RCDS habe veröffentlicht, dass die Sozialberatung an eine dritte Firma outgesourct worden sei. Dies sei nicht richtig. Die Sozialberatung werde momentan von zwei Angestellten des AStA durchgeführt. Die beiden Stellen sollten allerdings ab nächster Woche öffentlich ausgeschrieben werden, da die Lebensplanung der beiden dies notwendig mache. Eine Unterbrechung der Sozialberatung habe jedoch nie stattgefunden.

Michael Jaschek (Unabs) erkundigt sich, ob die Mitgliedschaft beim „freien Zusammenschluss der studierendenschaften“ (fzs) weiterhin bestehe. **Sabine Klomfaß** (AStA-Vorsitzende) bejaht dies; die mItgliedschaft sei allerdings unterbrochen gewesen, weil der letzte Finanzreferent keine Mitgliedsbeiträge überwiesen habe. **Hendrik Ahrens** (LHG) teilt mit, dass er die 1. Rate bezahlt habe.

TOP4: [Mitteilung des Präsidiums]

Ortrun Brand (Grüne HSG): Bereits am Donnerstag, den 27. November habe sich der **Ältestenrat** konstituiert. Zum Vorsitzenden sei **Payam Katebini** gewählt worden. Stellvertretender Vorsitzender sei **Florian Boeck**.

Am Dienstag, den 09. Dezember habe sich der **Rechnungsprüfungsausschuss** konstituiert. Zur Vorsitzenden sei **Anke Riemann** (Grüne HSG) gewählt worden. Stellvertretender Vorsitzender sei **Michael Kramp** (RCDS).

TOP5: [Wahl der Satzungskommission]

Bereits in der vergangenen Sitzung wurde der Beschluss gefasst, eine Satzungskommission zu gründen. Die Kommission soll 7 Mitglieder umfassen.

Als KandidatInnen werden **Kay Franzke** (Juso HSG), **Grischa Beissner** (RCDS), **Michael Jaschek** (Unabs), **Adrian Jitschin**, **Ortrun Brand** (Präsidentin), **Thomas Gottbehüt** (Grüne HSG), **Sharif Richard**, **Marco Tullney** (Referent für Wirtschaft und Soziales), **Marcel Ph. Hennes** (FSK-Vorstand) und **Carsten Klink** (Fachkraft) vorgeschlagen. Alle, außer Adrian Jitschin, nehmen die Kandidatur an.

KandidatInnen (Mit Ergebnissen [Verhältniswahl]):

KandidatIn	Stimmen	KandidatIn	Stimmen
Kay Franzke	4	Michael Jaschek	3
Grischa Beissner	7	Marco Tullney	8
Ortrun Brand	-	Marcel Ph. Hennes	3
Thomas Gottbehüt	2	Carsten Klink	7
Sharif Richard	-	Enthaltung/ ungültig	-

Damit sind Kay Franzke, Grischa Beissner, Thomas Gottbehüt, Michael Jaschek, Marco Tullney, Marcel Ph. Hennes und Carsten Klink in die Satzungskommission **gewählt**. Alle nehmen die Wahl an.

Sabine Klomfaß (AStA-Vorsitzende) beantragt, dass die FSK zwei Mitglieder kooptieren darf. **Marcel Hennes** (FSK-Vostand) unterstützt diesen Antrag. Der **Antrag** wird ohne Gegenstimmen **angenommen**.

TOP6: [Erstsemesterparty 2003/04]

Henrik Piltz (Finanzreferent) berichtet über die Gewinne der AStA-Erstsemesterparty 2003/04.

Er teilt folgende Zahlen dem Studierendenparlament mit:

Gesamteinnahmen 50376,41€

Gesamtausgaben 41807,01€

Vorschuss Alexander Katzung 1000€

Gewinne: 7500€

TOP7: [Bremer Erklärung]

Jörg Bechtold (Grüne HSG) bringt folgenden **Antrag** ein (er liegt den ParlamentarierInnen vor):

„Das Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg möge beschließen:

- 1. die „Bremer Erklärung“ (siehe Anhang) mit ihren Forderungen zu unterstützen;*
- 2. den AStA Marburg aufzufordern, sich als Unterstützer der ZAG-Kampagne einzutragen (dies kann man auf der Webseite: www.nw3.de/zag)*

Bremer Erklärung der TeilnehmerInnen des Kongresses „Gleich richtig stellen“ vom 26.-27. Juli 2003 in Bremen:

1. Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses „Gleich richtig stellen“ begrüßen, dass die Bundesregierung die Gleichstellung behinderter Menschen in allen Lebensbereichen unterstützt. Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz – BGG – des Bundes und dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX – wurden wichtige Schritte zur Gleichstellung behinderter Menschen erreicht.
2. Für einen umfassenden Schutz gegen Diskriminierung brauchen wir aber noch ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz. Die TeilnehmerInnen sind entsetzt, dass es ein solches nun vielleicht für Behinderte nicht mehr geben soll, obwohl es uns versprochen wurde.
3. Nach europäischem Recht ist die Bundesregierung dazu verpflichtet, ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden. Die europäische Antirassismus Richtlinie (2000/ 43/ EG) und die Rahmenrichtlinie zur Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (200/ 78/ EG) erfordern ein solches Gesetz. Mit der Verabschiedung des SGB IX haben die Gesetzgeber ihre Verpflichtungen noch nicht erfüllt. Die Bedenken, die gegen ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz für Behinderte in Deutschland angeführt werden, überzeugen uns nicht. Was für rassistische Diskriminierung gilt, ist auch für Behinderten-diskriminierung gültig. Beides muss abgeschafft werden und gegen beide Formen der Diskriminierung brauchen wir einen zivilrechtlichen Schutz.
4. Die TeilnehmerInnen des Kongresses „Gleich richtig stellen“ fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag nachdrücklich auf, das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung nicht verstreichen zu lassen, ohne ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz, das auch Behinderte schützt, zu verabschieden.“

Es entsteht eine Diskussion bzgl. des, in der Erklärung angeblich nicht genügend hervorgehobenen, Bezuges für Studierende. Die Bedenken bestehen hinsichtlich des hochschulpolitischen Mandats.

GO-Antrag von Frank Michler (Fachkraft) auf Unterbrechung der Sitzung um fünf Minuten. Der GO-Antrag wird ohne Gegenrede **angenommen**.

Die Sitzung wird um fünf Minuten unterbrochen.

Um 21:33Uhr verlässt der 34. Mandatsträger die Sitzung.

Um 21:39Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Änderungsantrag von Sabine Klomfaß (AStA-Vorsitzende):

Füge nach 1. ein: „Dies ist deshalb sinnvoll, weil es viele Studierende mit Behinderung an unserer Universität gibt, mit denen wir uns hier solidarisch erklären.“

Außerdem: füge ein, nach Punkt 2: „Der AStA-Vorstand wird auf gefordert, den Antrag mit der Rechtsabteilung der Universität umgehend in Bezug auf evtl. politische Implikationen zu prüfen. Sollten dort Bedenken bestehen, so ist dieser Beschluss ungültig und wird dem Stupa erneut vorgelegt.“

Der Antragssteller **übernimmt** den Änderungsantrag.

Ursula Denis (RCDS) erläutert das Abstimmungsverhalten des RCDS. Sie teilt mit, dass der RCDS zwar inhaltlich mit dem Antrag übereinstimmt, sie aber Bedenken hinsichtlich des hochschulpolitischen Mandats haben. Aufgrund dessen wird sich der RCDS bei der Abstimmung enthalten.

Der **Antrag** von **Jörg Bechtold** (Grüne HSG) wird mit 23 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 10 Enthaltungen **angenommen**.

TOP8: [Wahlausschuss]

Um 21:45Uhr verlässt der 33. Mandatsträger die Sitzung.

Ortrun Brand (Präsidentin) erläutert, dass laut Satzung der Wahlausschuss von jeweils einer VertreterIn der fünf größten Listen im Stupa besetzt wird. Sie bittet die Listen Grüne HSG, Juso HSG, Fachkraft, LHG und den RCDS bis zur nächsten Sitzung im Januar jeweils eine KandidatIn dem Präsidium zu benennen, damit sich der Wahlausschuss noch im Wintersemester konstituieren kann.

TOP9: [Debatte über Gestaltung des Jubiläums „40 Jahre Stupa“]

Um 21:48Uhr verlässt der 32. Mandatsträger die Sitzung.

Ortrun Brand (Präsidentin) hat diesen TOP auf die Tagesordnung gesetzt um ein generelles Meinungsbild bzgl. des Jubiläums zu erhalten. Sie schlägt vor einen **„Festausschuss“** in der nächsten Sitzung zu wählen, an dem sich alle Listen beteiligen können. Alle ParlamentarierInnen sind mit diesem Vorschlag **einverstanden**.

TOP10: [Sitzungsdauer]

Jan-Patrick Behrend (Juso HSG) reichte zu Beginn der Sitzung schriftlich folgenden Antrag beim Präsidium ein:

„Im Falle einer Sitzungsdauer, die über 23Uhr hinausreicht, beantragen wir für alle Abgeordneten, die im Umland wohnen und so keine Züge mehr erreichen könnten, dass das StuPa-Präsidium mittels des AstA-Busses oder anderer Verkehrsmittel eine Rückfahrmöglichkeit organisiert, natürlich auch finanziert. Begründung: Zumindest unsere Abgeordnete Katharina Scheele ist davon betroffen, da sie in Treysa wohnt.“

GO-Antrag von **Ortrun Brand (Präsidentin)** auf **Nichtbefassung**, da es sich ihrer Meinung nach um eine Finanzvorlage handelt und der Antrag somit nicht satzungsgemäß eingebracht wurde. Sie **zieht** ihren Go-Antrag **zurück**. Sie weist aber darauf hin, dass der Antragssteller den Antrag schon früher hätte einbringen können (z.B. bei den Haushaltsbeschlüssen).

Der Antragssteller **Jan-Patrick Behrend** (Juso HSG) zieht seinen Antrag zurück und kündigt an in der nächsten Sitzung eine **überarbeitete Vorlage einzubringen**.

TOP11: [Verschiedenes]

Marcel Ph. Hennes (FSK-Vorstand) beantragt im Namen der Jura Fachschaft in der Woche vom 15.-20. Dezember die Durchführung einer Vollversammlung. Ziel dieser Vollversammlung sei es, über die Möglichkeit der Einrichtung eines Treuhandkontos mit den Studierenden zu diskutieren bzw. sie zu informieren.

Ortrun Brand (Präsidentin) stellt fest, dass das Stupa unter dem Punkt Verschiedenes keine Beschlüsse mehr fassen und somit keine Vollversammlung mehr beschließen könne. Es bestehe noch die Möglichkeit, eine Vollversammlung über 100 Unterschriften von Studierenden einzuberufen.

Der **Antrag** wird vom Antragssteller **zurückgezogen**.

Sabine Klomfaß (AStA-Vorsitzende) teilt einen Hinweis der Rechtsabteilung mit, wonach studentische VertreterInnen bzw. Gremien (AStA, FSK, Fachschaften usw.) nicht für dieses Vorhaben werben dürften, sondern ausschließlich **neutral berichten dürfen**.

Um 22:07Uhr schließt die amtierende Präsidentin des 39. Studierendenparlaments die Sitzung.

Marburg, den 16. Dez. 2003

Für das Protokoll:
gez. Stefanie Geyer
(Vizepräsidentin des 39. Studierendenparlaments)

Für die Richtigkeit:

Studierendenschaft der Philipps-Universität Marburg
Körperschaft des Öffentlichen Rechts
Studierendenparlament
- Präsidium -
c/o AStA Marburg
Erlenring 5
35037 Marburg
Tel. 06421 - 1703-0
Fax 06421 - 1703-33
stupa@asta-marburg.de
www.asta-marburg.de/stupa

Ortrun Brand
(Präsidentin des 39. Studierendenparlaments)